

Windenergie: Kommt der Naturschutz zu kurz?

Umwelt Die einen wollen das Potenzial auf den Höhen nicht ungenutzt lassen, andere wehren sich gegen die Verspargelung der Landschaft

Rheinland-Pfalz setzt bei der Energiewende auf die Windkraft. Aber um welchen Preis? Harry Neumann vom BUND kritisiert die rot-grüne Wirtschaftspolitik im Land. Er vermisst einen naturverträglichen Ausbau. Die grüne Wirtschaftsministerin Eveline Lemke wehrt sich im politischen Schlagabtausch gegen die Kritik.

Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 19. Januar 2012, Seite 5 Von Harry Neumann

Angesichts des weitersteigenden CO₂-Ausstoßes, des Klimawandels und der atomaren Risiken brauchen wir eine wirkliche Energiewende als Alternative zu Atom und Kohle. Der BUND war und ist die treibende Kraft bei der Mobilisierung der Bevölkerung für die Energiewende und den Atomausstieg. Über 700 000 Menschen, Zehntausende in Rheinland-Pfalz, sind allein 2011 dafür auf die Straße gegangen. Wir unterstützen darum das Ziel der Landesregierung, eine Verhundertfachung der Windenergie zu erreichen. **Allerdings halten wir es für notwendig, dass dieser Ausbau gelenkt vor sich geht, weil sonst sowohl die Lebensqualität der Menschen als auch die Lebensräume für viele Tierarten gefährdet sind.** Eine Energiewende gibt es nicht zum „ökologischen Nulltarif“, es gilt aber, das „rechte Maß“ zu finden.

Der Wille zu einer qualitativen Steuerung mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten ist derzeit im Wirtschaftsministerium wenig zu erkennen. Von mehr Transparenz oder besserer Bürgerbeteiligung kann keine Rede sein. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und des Windenergieerlasses mit klaren Ausschlusskriterien lässt weiter auf sich warten. **Die Politik hinkt der Realität hinterher und macht in unserem Land einer Art „Windhundpolitik“ Platz, die mit einer naturverträglichen, gesteuerten Planung wenig zu tun hat.**

Der aktuelle Raumordnungsplan der „Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald“ fördert diese „Goldgräberstimmung“ noch. „Die Entscheidung über Windkraftstandorte allein den Kommunen zu überlassen, führt zu unkoordiniertem Wildwuchs und zur vermeidbaren Überprägung der Landschaft“, erklärte hierzu der Landesvorsitzende des BUND, Dr. Holger Schindler. **Indem sie erneut nichts plant, fördert die Planungsgemeinschaft Planlosigkeit und sachfremde Entscheidungen.**

So gewinnen wir den Eindruck, dass es nicht mehr um Ökologie geht, sondern nur noch um Rendite. „Wir können es nicht zulassen, dass die notwendige Energiewende für rein renditeorientierte Investoren am Bürger und an der Natur vorbeinstrumentalisiert wird. Die ungebremste Geschwindigkeit des Prozesses ist durch gründliche Fachplanungen zu reduzieren“, sagte Schindler.

Die Sanierung maroder kommunaler Finanzen über Wind-Pachteinnahmen hat mit Energiewende nur bedingt zu tun. Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Energiesparen, Effizienz und Speichertechnik müssen höchste Priorität haben. Von der Landesregierung ist hier wenig Greifbares zu hören. Wo bleibt die Energiewende im Verkehrsbereich, in der Landwirtschaft, in der Ernährung? **Solange der Industrie der Mehrverbrauch an Energie mit Niedrigpreisen honoriert wird, wird der Einspargedanke ad absurdum geführt.** Ersetzen wir die fossilen Energieträger einfach

durch erneuerbare, brauchen wir unseren Lebensstil nicht zu ändern und können weiter hemmungslos mit den Ressourcen der Erde umgehen. Ist dies wirklich nachhaltig? Sollte die Energiewende nicht auch eine wertorientierte sein?

Für die Verfünfachung der Windenergie werden nach der Fraunhofer-Studie 1 bis 2 Prozent der Landesfläche benötigt, die ohne Nutzung von Wald und Schutzgebieten zur Verfügung stehen. Diese sollte daher in den Regionalplänen menschen- und naturverträglich als Vorrangfläche ausgewiesen werden. Mit größeren Windanlagen kann deren Anzahl auf die Hälfte bis ein Drittel reduziert und der Stromertrag um das 3- bis 7-Fache erhöht werden. Das lässt sich nur mit einer gesteuerten Entwicklung erreichen, die auch den Gutachtern helfen würde, ihr Fähnchen nicht oftmals „nach dem Wind“ richten zu müssen.

Alle Naturschutzverbände lehnen Windenergieanlagen in Natura-2000-Gebieten, Naturschutzgebieten, Nationalparks, Kernzonen der Naturparke, in großen noch windkraftfreien und naturnahen Wäldern mit alten Bäumen und Vogelflughkorridoren ab. Angemessene Abstände um Ortschaften sind einzuhalten. **Und „bestimmte Regionen müssen auch weiterhin völlig tabu bleiben“**, fordert BUND-Bundesvorsitzender Professor Hubert Weiger.

Die Errichtung von Windanlagen im Wald muss sich auf Gebiete beschränken, in denen regional keine anderen Flächen bereit stehen, wobei die Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz zu berücksichtigen sind. Es darf nicht sein, dass dem ohnehin geschundenen Wald das Industriegebiet in die „zweite Etage“ gelegt wird. Das Umweltministerium möchten wir ermutigen, seine Stimme im Sinne des Naturschutzes noch stärker einzubringen.

Die genannten Rahmenbedingungen müssen bei der Novellierung des LEP IV durch die Landesregierung schnell, eindeutig und naturverträglich vorgegeben werden. **Werden die Hinweise der Bürger und Umweltverbände berücksichtigt und können die Fachbehörden politisch unbeeinflusst entscheiden, können mögliche Konflikte umgangen und die am besten geeigneten Standorte genutzt werden.**

Hier und zum Beispiel bei der Ausweisung des „Truppenübungsplatzes Stegskopf“ als Naturschutzgebiet und der Erhaltung des Giebelwaldes wird sich zeigen, ob es die Landesregierung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wirklich ernst meint mit dem Schutz von Umwelt, Natur und Mensch. Die rot-grüne Regierung läuft ansonsten Gefahr, ihren Vertrauensvorschuss bei den Umweltverbänden durch ihre Wind- und Waldpolitik und ihre geringe Transparenz zu verspielen.

Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 19. Januar 2012, Seite 5

„Eine Energiewende gibt es nicht zum ‚ökologischen Nulltarif‘, es gilt aber, das ‚rechte Maß‘ zu finden.“ Harry Neumann



Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 19. Januar 2012, Seite 5

Von Eveline Lemke

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt, das die Landesregierung bereits entschlossen angegangen ist. Sie lässt sich aber nicht durch das Umlegen eines Schalters in wenigen Jahren umsetzen und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Der Umbauprozess ist groß und verlangt allen Beteiligten viel ab, denn die Energiewende wird letztendlich von den Bürgern, den Kommunen und den Wirtschaftsunternehmen umgesetzt. Ich als Wirtschaftsministerin entwerfe den Rahmen, der dann vom Landtag beschlossen wird, und wir stecken die Ziele ab. **Bis zum Jahr 2030 soll der Verbrauch in Rheinland-Pfalz bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden.** Auch auf der Seite der Verbraucher gibt es viel zu tun: Wer sauberen Strom haben will, sollte zu einem Versorger wechseln, der das anbietet. Die größten Potenziale liegen jedoch in der Energieeinsparung und dem effizienten Umgang mit Energie. In beiden Fällen geht es nicht nur um technische Lösungen, sondern es hat mit dem Verhalten jedes Einzelnen zu tun.

Die Landesregierung hat sich bei der Erstellung ihres Energiekonzepts stark am Konzept des rheinland-pfälzischen BUND orientiert. Beiden Energiekonzepten liegt eine grundlegende gemeinsame Annahme zugrunde: **ein Paradigmenwechsel bei der Erzeugung – weg von Atom und Kohle und hin zu Erneuerbaren Energien. Daher ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien – und hierbei insbesondere der Windkraft – alternativlos, sonst droht der Bau neuer fossiler Kraftwerke.** Wer erinnert sich nicht an die heftigen Diskussionen um den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks in Mainz in den Jahren 2007 bis 2009? Dort wurden zu Recht enorme Umwelt- und Artenschäden befürchtet. Zwei Drittel der Erneuerbaren Energien sollen in Zukunft durch Windkraft erzeugt werden. Dies bedeutet im Vergleich zur heutigen Windenergieerzeugung im Land eine Verfünfachung der installierten Leistung auf etwa 7500 Megawatt. Das entspräche in etwa der installierten Leistung von acht Atomkraftwerken.

Aber Achtung: Wer meint, deswegen steige die Anzahl der Windenergieanlagen sehr stark an, liegt falsch. **Ein maßvoller Neubau von Windrädern vor allem in Lagen, in denen der Wind stark weht, und das Ersetzen bestehender Windkraftanlagen durch solche mit größerer Effizienz (Repowering) sollten dazu führen, dass wir am Ende nicht mehr als 2 Prozent der Landesfläche für Windkraft benötigen, um die Energiewende in Rheinland-Pfalz zu schaffen.** Wir brauchen außerdem eine Kooperation zwischen den Kommunen, sodass alle vom Windenergieausbau profitieren können, selbst wenn auf ihrem Gemeindegebiet keine Anlagen gebaut werden.

Anders als oft von den Gegnern der Windkraft vorgebracht, stehen Natur- und Artenschutz dabei nicht im Gegensatz zum Ausbau der Windenergie. Es kommt vielmehr auf eine planvolle Lenkung an, die die Schutzziele des Arten- und Umweltschutzes – genau wie beispielsweise die Lärmschutzinteressen der Bürger – mit den Ausbauzielen von Erneuerbaren Energien in Einklang bringt.

Um zukünftig Planungsfehler zu vermeiden, wird derzeit das Landesentwicklungsprogramm IV fortgeschrieben, das die raumordnerischen Grundlagen für mehr Windkraft im Land schafft, durch das aber auch die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig gesichert werden. **Um die Erfordernisse des Naturschutzes zu berücksichtigen, werden bestehende und geplante Naturschutzgebiete, Kernzonen der Biosphärenreservate und Nationalparke ausdrücklich von einer Inanspruchnahme für Windkraftanlagen ausgenommen.** Damit werden die wichtigsten naturschutzfachlichen Schutzerfordernisse angemessen berücksichtigt.

Ferner können in Natura-2000-Gebieten und in den Kernzonen der Naturparke nur nach einer jeweiligen einzelfallbezogenen Überprüfung Standorte für Windenergieanlagen geplant werden. Daneben wird die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV gemäß den gesetzlichen Vorgaben einer strategischen Umweltprüfung unterzogen. Bestandteil dieser Prüfung ist auch die Untersuchung der Auswirkungen auf den Natur- und Artenschutz. In der Folge der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV werden durch die Regionalpläne der vier Planungsgemeinschaften und die kommunalen Bauleitpläne die Vorgaben umgesetzt. Dabei werden auch die sonstigen naturschutzfachlichen Rechtsvorschriften beachtet. Dies gilt auch für die Genehmigungsverfahren zur Errichtung einzelner Windenergieanlagen. All das bedeutet: **Spätestens im Genehmigungsverfahren wird jedes Windenergieanlagen-Projekt gestoppt, das naturschutz- und artenschutzrechtliche Belange verletzt.**

Auch soziale und wirtschaftliche Gründe sprechen für den raschen, verstärkten Ausbau der Windenergie. Die im Binnenland erzeugte Windenergie ist – zusammen mit der Wasserkraft – derzeit die mit Abstand preisgünstigste Erneuerbare Energie.

Fotovoltaik wird in circa zwei Jahren ebenfalls dieses preisgünstige Niveau erreicht haben. Das sichert auch langfristig stabile Strompreise und sorgt für Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung im Land, was erklärtermaßen wichtige Ziele der Landesregierung sind.

Abschließend bleibt festzuhalten: Die ehrgeizigen Ziele der Landesregierung sind im Einklang mit energiepolitischen und naturschutzpolitischen Erfordernissen zu erreichen. Eine Alternative dazu gibt es nicht.

Zwei Drittel der Erneuerbaren Energien sollen in Zukunft durch Windkraft erzeugt werden.“ Eveline Lemke



Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 19. Januar 2012, Seite 5

„Goldgräberstimmung“ werfen rheinland-pfälzische Naturschützer der Landesregierung vor, die verstärkt auf Windkraft setzt. Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke sieht Natur- und Artenschutz nicht im Gegensatz zum Ausbau der Windenergie.Fotos: dpa

Land hat beim Thema Energiewende ehrgeizige Ziele

Windenergie ist für die rheinland-pfälzische Landesregierung die wichtigste Säule für die Energiewende. Bis 2020 soll die Menge des durch Windkraft erzeugten Stroms verfünffacht werden, bis 2030 will die rot-grüne Regierung den im Land verbrauchten Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnen. Dieses Vorhaben hat sich insbesondere Wirtschafts- und Energieministerin **Eveline Lemke** (Grüne) auf die Fahnen geschrieben. Sie wirbt für eine größere Akzeptanz in den Kommunen und bei der Bevölkerung. Diese Akzeptanz ist bei den Naturschützern grundsätzlich vorhanden. Allerdings befürchten sie, dass wirtschaftliche Ziele den Naturschutz überflügeln könnten. **Harry Neumann**, stellvertretender Vorsitzender der Kreisgruppe Westerwald des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und aktiv im Nabu Naturschutzzentrum Westerwald, vertritt in seinem Beitrag auch die Position der Landesverbände des BUND und der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie.

